



DIE EUROPÄISCHE  
UNION ERKLÄRT

Hilfe für Opfer  
von Katastrophen  
und Konflikten  
sowie Schutz  
gefährdeter  
Personen

# Humanitäre Hilfe und Katastrophen- schutz

Die humanitäre Hilfe der EU ist für die Opfer von Katastrophen und Konflikten weltweit von großer Bedeutung.



# DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

*Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erläutert werden.*

*Sie können die Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:*

[http://europa.eu/pol/index\\_de.htm](http://europa.eu/pol/index_de.htm)  
<http://europa.eu/!qf86pN>

## INHALT

Warum wir die humanitäre Hilfe und den Krisenschutz der EU brauchen Menschenleben retten und menschliches Leid verhindern . . . . .	3
Wie die EU aktiv wird Ein bedarfsorientierter Ansatz . . . . .	7
Was die EU leistet Einlösung der Versprechen . . . . .	10
Wohin führt der Weg Deckung des Bedarfs . . . . .	15
Weitere Informationen . . . . .	16

So funktioniert die Europäische Union  
Zehn Prioritäten für Europa  
Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport  
Außen- und Sicherheitspolitik  
Banken und Finanzen  
Beschäftigung und Soziales  
Binnenmarkt  
Digitaler Binnenmarkt  
Energie  
Erweiterung  
Forschung und Innovation  
Gesundheitswesen  
Grenzen und Sicherheit  
Handel  
Haushalt

### Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz ✘

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung  
Justiz, Grundrechte und Gleichstellung  
Klimaschutz  
Kultur und audiovisuelle Medien  
Landwirtschaft  
Lebensmittelsicherheit  
Meerespolitik und Fischerei  
Migrations- und Asylpolitik  
Regionalpolitik  
Steuern  
Umwelt  
Verbraucher  
Verkehr  
Wettbewerb  
Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro  
Zoll

### Die Europäische Union erklärt: Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz

Europäische Kommission  
Generaldirektion Kommunikation  
Bürgerinformation  
1049 Brüssel  
BELGIEN

War diese Veröffentlichung hilfreich? Wir freuen uns über Ihr Feedback: [comm-publi-feedback@ec.europa.eu](mailto:comm-publi-feedback@ec.europa.eu)

Letzte Aktualisierung: Oktober 2015

Deckblatt und Bild auf Seite 2: © Jupiterimages  
16 S. – 21 × 29,7 cm

PDF ISBN 978-92-79-52433-2  
doi:10.2775/067825  
NA-01-15-819-DE-N

Print ISBN 978-92-79-52446-2  
doi:10.2775/272507  
NA-01-15-819-DE-C

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

© Europäische Union, 2015

Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtinhaber eingeholt werden.

# Warum wir die humanitäre Hilfe und den Krisenschutz der EU brauchen

## Menschenleben retten und menschliches Leid verhindern

Die Bilder von Konflikten und Katastrophen, die uns über das Fernsehen und die Zeitungen erreichen, sind kennzeichnend für eine Welt, die immer komplexer und anfälliger wird. Mit dem zunehmendem Ausmaß von Naturkatastrophen und Konflikten steigt auch der Bedarf an humanitärer Hilfe. Die Antwort der EU ist bedarfsgerechte Soforthilfe für die Opfer von Katastrophen und Konflikten überall in der Welt. Geleistet wird diese Hilfe von der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (ECHO) der Europäischen Kommission, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Menschenleben zu retten, menschliches Leid zu lindern und die Würde aller Betroffenen zu wahren. Der Grundwert der Solidarität, dem die EU zutiefst verpflichtet ist, kommt hierin besonders greifbar zum Ausdruck.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Krisen erheblich zugenommen. 2015 haben die Vereinten Nationen für vier Gebiete die Notstandsstufe 3 – die höchste Stufe für humanitäre Krisen – ausgerufen. In allen vier betroffenen Krisengebieten – Syrien, Südsudan, Jemen und Irak – ist die EU aktiv. Sie ist jedoch auch in anderen Regionen der Welt zur Stelle, in denen Menschen Hilfe benötigen, beispielsweise in Afghanistan, der Sahel-Region und in vielen anderen Teilen Afrikas, in Mittel- und Südamerika und in Südostasien. Darüber hinaus führt die EU Hilfseinsätze in krisengeschüttelten Gebieten durch, die international kaum Aufmerksamkeit und entsprechend wenig Hilfsgelder erhalten.

Die Unterstützung der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen ist eine moralische Pflicht der internationalen Gemeinschaft,

und die EU engagiert sich seit Langem in diesem Bereich. Die von der EU finanzierte Krisenhilfe kommt direkt bei den betroffenen Menschen an – unabhängig von ihrer Nationalität, Religion, ethnischen Abstammung oder ihrem Geschlecht.

Dabei geht die Arbeit der EU über die Linderung der unmittelbaren Folgen von Katastrophen hinaus. Betrachtet man die nach einer Katastrophe anfallenden Ausgaben für Hilfe, Rettung und Wiederaufbau, zahlen sich Investitionen in Risikovorbeugung und Katastrophenbereitschaft in hohem Maße aus. Deshalb stellt die EU sicher, dass ihre Maßnahmen den gesamten Katastrophenzyklus – von der Prävention über Bereitschaft und Reaktion bis zum Wiederaufbau – abdecken.

Dazu muss die Katastrophenhilfe mit einer Vielzahl von Maßnahmen kombiniert werden, um Folgendes zu erreichen:

- Verminderung des Katastrophenrisikos, beispielsweise durch Strategien zur Minderung der Folgen des Klimawandels;
- Verbesserung der Katastrophenbereitschaft, beispielsweise durch Entwicklung von Frühwarnsystemen;
- Sicherstellung eines reibungslosen Übergangs beim Auslaufen von Soforthilfemaßnahmen durch direktes Anschließen von Entwicklunghilfestrategien;
- Stärkung der allgemeinen Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung, beispielsweise durch Investitionen in Maßnahmen, die sie auf mögliche künftige Katastrophen in der Region besser vorbereiten.



Die EU finanziert seit 1996 humanitäre Hilfe in Indien.

Das EU-Katastrophenschutzverfahren unterstützt die teilnehmenden Länder bei der Katastrophenvorsorge, der Vorbereitung auf Notfälle und der Bündelung von Ressourcen, die für einen koordinierten und raschen Einsatz in von Katastrophen betroffenen Ländern aufgeboten werden können. Anders als die humanitäre Hilfe der EU, die sich an Drittstaaten richtet, kann das Katastrophenschutzverfahren im Ernstfall sowohl außerhalb als auch innerhalb der EU in Gang gesetzt werden. Das Verfahren ist ein Instrument zur Optimierung der Zusammenarbeit, Reaktion und Koordination und zugleich Ausdruck der europäischen Solidarität.

## Gemeinsam etwas bewirken

Zusammen mit ihren Mitgliedstaaten ist die Europäische Union der **weltweit wichtigste Geber humanitärer Hilfe**. Jedes Jahr unterstützt sie **mehr als 120 Millionen Menschen** auf der ganzen Welt durch **humanitäre Hilfe** aus dem EU-Haushalt. Die jährlichen Hilfeleistungen im Umfang von über 1 Mrd. € leisten einen immensen Beitrag zur Deckung der Bedürfnisse der Menschen in Krisenregionen. So wurden diese Mittel beispielsweise eingesetzt, um den Opfern des katastrophalen **Erdbebens in Nepal** im Jahr 2015 Unterkünfte und sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen, um die Bevölkerung der krisengeschüttelten Ukraine mit Winterkleidung und Decken zu versorgen, um Lebensmittel und Arzneimittel nach Syrien und in seine Nachbarländer zu liefern und um in den vom Ebola-Ausbruch betroffenen Regionen die medizinische Versorgung und Behandlung der Betroffenen zu gewährleisten. Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens wurde nicht nur humanitäre Hilfe bereitgestellt, sondern in vielen Krisenfällen wurden auch speziell ausgerüstete Teams zu Vor-Ort-Einsätzen entsandt. Als beispielsweise Bosnien und Herzegowina 2014 von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht wurde,

wurden im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens Ausrüstung und Fachleute bereitgestellt. Sie trugen dazu bei, dass die betroffenen Regionen besser erreicht und versorgt werden konnten. Während der Ebola-Epidemie ermöglichte das Verfahren die schnelle und koordinierte Ergreifung von Notfallmaßnahmen, den Einsatz von Experten aus den EU-Mitgliedstaaten und die Evakuierung von in den betroffenen Ländern tätigem medizinischen Personal. Als Reaktion auf das Erdbeben in Nepal wurden Experten für Such- und Rettungsmaßnahmen, Ersthelfer und Hilfsgüter bereitgestellt.

## Gelebte Solidarität

Eine Eurobarometer-Umfrage im Jahr 2015 ergab, dass die Unterstützung für die humanitäre Arbeit der EU und für einen gemeinsamen Ansatz beim Katastrophenschutz in der Bevölkerung sehr hoch ist und weiter wächst. Rund 90 % der Bürgerinnen und Bürger sind der Auffassung, dass die EU weiter humanitäre Hilfsmaßnahmen finanzieren sollte, und rund 80 % halten es für effizienter, wenn die Mitgliedstaaten beim Katastrophenschutz einen gemeinsamen Ansatz verfolgen, statt einzeln zu handeln.



*Diese aus Burundi vertriebene Familie konnte dank der EU-Wiederansiedlungshilfe nach Hause zurückkehren.*

Für die humanitäre Hilfe sind die EU und ihre Mitgliedstaaten gemeinsam verantwortlich. Die EU arbeitet bei den von ihr finanzierten Hilfsmaßnahmen mit internationalen Organisationen und humanitären Hilfsorganisationen zusammen. Im Bereich des Katastrophenschutzes ist die EU verantwortlich für die Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung der Maßnahmen ihrer Mitgliedstaaten. In ihrer Rolle als Koordinatorin konnte die EU durch Bündelung von Ressourcen und Sachverstand die Ziele höher stecken.

Um die längerfristigen Auswirkungen von Katastrophen bewältigen und die Prävention und Krisenbereitschaft ausweiten zu können, müssen humanitäre Hilfe und Krisenreaktion mit Maßnahmen in anderen Bereichen, beispielsweise Entwicklungszusammenarbeit und Umweltschutz, abgestimmt werden. Deshalb ist eine Koordinierung auf EU-Ebene von entscheidender Bedeutung.

---

### **Warum wir die Widerstandsfähigkeit schwacher Bevölkerungsgruppen stärken müssen**

*Jedes Jahr werden Millionen von Menschen von Dürren, Überschwemmungen, Erdbeben, Wirbelstürmen, Erdbeben, Tsunamis, Waldbränden und anderen Katastrophen heimgesucht. Schätzungsweise 97 % der Todesfälle in Verbindung mit Naturkatastrophen werden in Entwicklungsländern verzeichnet. Auch im Hinblick auf den Verlust der Existenzgrundlage sind diese Länder am stärksten betroffen. Daher ist die Stärkung der Widerstands- und Reaktionsfähigkeit schwacher Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern unabdingbar.*

### **Wie gestaltet sich die Hilfe der EU?**

*Im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Bewältigung der Dürrekatastrophen in der Sahelzone und am Horn von Afrika hat die Kommission Initiativen zur*

*Stärkung der Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) umgesetzt, deren Ergebnisse vielversprechend sind. Ziel dieser Initiativen (AGIR bzw. SHARE) ist es, den Teufelskreis von Dürre, Hunger und Armut durch eine verstärkte Koordinierung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe zu durchbrechen. Mit der SHARE-Initiative am Horn von Afrika wurden seit 2012 bereits rund 350 Mio. € mobilisiert. Weitere Projekte im Rahmen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) werden folgen. Ziel der Initiative AGIR ist die Bereitstellung von 1,5 Mrd. € aus dem 11. EEF für Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit in der Sahel-Region im Zeitraum von 2014 bis 2020.*

*Indem sich die Kommission auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Betroffenen konzentriert, kann sie mehr Menschenleben retten, ihre Hilfe kosteneffizienter bereitstellen und zur Verminderung der Armut beitragen. Dadurch entfaltet die Hilfe größere Wirkung, und die nachhaltige Entwicklung wird gefördert.*

---

## Eine gemeinsame Reaktion auf wachsende Bedrohungen

Das Ausmaß und die Häufigkeit humanitärer Notfälle steigen weltweit mit jedem Jahr weiter an. Die Kombination aus Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Verstädterung, industriellen Aktivitäten und Umweltzerstörung ist eine wesentliche Ursache hierfür.

## Durch den Klimawandel verursachte Katastrophen: Hilfe für Vanuatu

*Der pazifische Raum zählt zu den am stärksten durch Naturkatastrophen gefährdeten Regionen der Welt – dies gilt für die Häufigkeit, die Schwere und die räumliche Ausdehnung der Gefahren. Die Region ist sehr anfällig für Zyklone, Erdbeben, Tsunamis, Überschwemmungen, Erdbeben, Waldbrände, Vulkanausbrüche und Epidemien.*

*Für die pazifische Inselgruppe Vanuatu, eines der am schwächsten entwickelten Länder der Welt, ist die durch den Klimawandel herbeigeführte Bedrohung durch Naturkatastrophen besonders groß. Im März 2015 wurde Vanuatu vom Wirbelsturm „Pam“ getroffen. Die Europäische Kommission reagierte als einer der ersten internationalen Geber und sagte zunächst humanitäre Hilfe im Umfang von **1 Mio. €** als Soforthilfe für die bedürftigsten Familien zu. Zugleich wurden unverzüglich Experten entsandt, um an den Bedarfsanalysen mitzuwirken.*

*Die EU unterstützt die Menschen vor Ort dabei, mit den Auswirkungen von Katastrophen fertig zu werden und die Vorsorge für derartige Ereignisse zu verbessern, beispielsweise durch Bedrohungsanalysen, Notfallplanung und den Bau sturmfester Schutzunterkünfte. Zwischen 2007 und 2012 stellte die EU **4,3 Mio. €** für die Katastrophenvorsorge und **2,3 Mio. €** für die Unterstützung der von Naturkatastrophen im Westpazifik betroffenen Gemeinschaften bereit. Derzeit läuft ein mit **3 Mio. €** ausgestattetes Katastrophenvorsorgeprogramm im pazifischen Raum.*



*In Vanuatu helfen Kinder beim Bau eines Modells des Vulkans Mount Gharat – der größten Bedrohung für ihr Leben.*

# Wie die EU aktiv wird

## Ein bedarfsorientierter Ansatz

In einer Krise stimmt die EU die Soforthilfe auf die Bedürfnisse der Betroffenen ab und versucht dabei diejenigen zu erreichen, die die Hilfe am dringendsten benötigen, unabhängig von Nationalität, Religion, Geschlecht, ethnischer Herkunft oder politischer Überzeugung.

Die Hilfe der EU wird sorgfältig auf die jeweiligen Erfordernisse einer jeden Krise abgestimmt, wobei auch Faktoren wie Alter und Geschlecht der Betroffenen berücksichtigt werden. Bevor sie Entscheidungen über die Mittelvergabe trifft, führt die EU Bedarfsanalysen durch.

Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf solchen Krisen, die nicht mehr im Mittelpunkt des internationalen Interesses stehen und nicht mehr die Aufmerksamkeit der Geber genießen, wo aber immer noch ein großer Hilfebedarf besteht. Bei diesen „vergessenen Krisen“ führt die EU spezifische Bewertungen zur Ermittlung des derzeitigen Bedarfs vor Ort durch, um gezielt Abhilfe schaffen zu können.

### Hilfe – wo und wann sie benötigt wird

Einsätze im Rahmen der humanitären Hilfe und des Katastrophenschutzes erfolgen oftmals unter extremen Umständen: Die Hilfe muss die Empfänger innerhalb kürzester Zeit erreichen und auf ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnitten sein, wobei der Zugang zu den betroffenen Regionen aufgrund logistischer und sicherheitsbezogener Probleme häufig erschwert ist.

Zusätzlich zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an ihrem Hauptsitz in Brüssel unterhält die EU ein weltumspannendes Netz spezialisierter Außenstellen für humanitäre Hilfe in knapp 50 Ländern. In Krisensituationen leisten die vor Ort präsenten Experten für humanitäre Hilfe technische Unterstützung bei EU-finanzierten Einsätzen, überwachen Interventionen und helfen an Ort und Stelle bei der Geberkoordinierung. Sie leisten zudem Beiträge zu Interventionsstrategien und zur Interventionspolitik.

Die EU unterstützt rund **210 humanitäre Partnerorganisationen**, darunter spezialisierte Agenturen der Vereinten Nationen (VN), Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie Agenturen und Organisationen aus den EU-Ländern und Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. Die Partnerorganisationen erhalten die Mittel auf der Grundlage ihrer Vorschläge zur Deckung der Bedürfnisse der von Katastrophen betroffenen

Menschen. Die EU trägt dafür Sorge, dass die Vergabe ihrer Mittel mit der Bereitstellung von Mitteln durch ihre Mitgliedstaaten und humanitäre Organisationen koordiniert wird.

Die EU hat die Initiative „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ (EU Aid Volunteers) ins Leben gerufen, damit europäische Bürgerinnen und Bürger humanitäre Projekte in Ländern unterstützen und mittragen können, in denen am dringendsten Hilfe benötigt wird (weitere Einzelheiten zu dieser Initiative siehe Abschnitt „Wohin führt der Weg“).

### Gemeinsame Grundwerte

*Die EU ist den Grundsätzen der humanitären Hilfe verpflichtet. Auch alle von der EU finanzierten Partner müssen diese Grundsätze wahren.*

- **Menschlichkeit:** Leid muss überall gelindert werden, wo es anzutreffen ist.
- **Neutralität:** Hilfe darf nicht eine Bevölkerungsgruppe mehr als eine andere begünstigen.
- **Unparteilichkeit:** Hilfe muss ausschließlich auf der Grundlage des Bedarfs und ohne Diskriminierung geleistet werden.
- **Unabhängigkeit:** Der einzige Zweck der humanitären Hilfe ist die Linderung menschlichen Leids; sie darf keine anderen Ziele verfolgen.

### In der Praxis

Je nach Umständen und Besonderheiten der Krisensituation kann die von der EU finanzierte humanitäre Hilfe auf verschiedene Art und Weise geleistet werden.

Nahrungsmittel- und Ernährungshilfe kann beispielsweise in Form einer Notversorgung Vertriebener mit Lebensmitteln, einschließlich spezieller Nahrungsmittel für stark unterernährte Kinder in Dürregebieten, oder in Form von Saatgut und Düngemitteln für Landwirte gewährt werden. Wenn das Angebot in den Geschäften und auf Märkten nicht ausreicht, kann die EU gefährdeten Menschen durch **Bargeld oder Gutscheine** Zugang zu den benötigten Lebensmitteln verschaffen. Dies ist häufig effizienter und wirksamer, als Reis- oder Mehlsäcke um die halbe Welt zu transportieren. Zugleich bleibt so die Würde der Menschen gewahrt, und lokale Märkte

werden gefördert, was wiederum der Landwirtschaft und der regionalen Lebensmittelversorgung zugutekommt.

Die medizinische Hilfe umfasst Impfkampagnen zur Vermeidung von Epidemien, die Behandlung von Verletzungen und die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren. Außerdem werden Arzneimittel und Ausstattung für Krankenhäuser bereitgestellt, Mitarbeiterschulungen organisiert und der Zugang zu medizinischer Grundversorgung gewährleistet. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei gefährdeten Bevölkerungsgruppen wie Schwangeren und Kindern.

Die Sicherstellung des Zugangs zu sauberem Wasser und zu Sanitärversorgung in Katastrophengebieten hat hohe Priorität, da gute Hygienebedingungen und angemessene sanitäre Einrichtungen erforderlich sind, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Daher umfassen die Hilfsmaßnahmen unter anderem die Realisierung von Brunnen, Bohrlöchern, Latrinen und Wasserleitungen, die Aufbereitung von Abwasser sowie Schulungen im Hygienebereich.

Notunterkünfte sind entscheidend für das Überleben und bieten den Menschen, deren Häuser durch eine Katastrophe zerstört wurden, ein Mindestmaß an Schutz und Sicherheit. Dazu werden Zelte, Kunststoffplanen und andere Arten von Unterkünften bereitgestellt. Notfalleinsätze können auch Reparaturarbeiten an Infrastrukturen, Minenräumungsaktionen, psychologische Betreuung und Schulungsmaßnahmen umfassen.

Häufig werden die Bewohner vor Ort auf die Bewältigung künftiger Katastrophen vorbereitet und erfahren, wie sie deren Auswirkungen auf ihre Gemeinschaft möglichst gering halten können.

In vielen Krisenregionen ist der Zugang auf dem Land- oder dem Wasserweg schwierig oder sogar unmöglich, da keine geeigneten Straßen, Häfen oder sonstigen Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Deshalb finanziert die EU auch humanitäre Flugdienste, denn sie bieten oft die einzige Möglichkeit, abgelegene Gebiete und Menschen in Not zu erreichen. Für Millionen von humanitären Krisen betroffene Personen sind diese Flugdienste überlebenswichtig, da sie einen schnellen, sicheren Zugang ermöglichen.

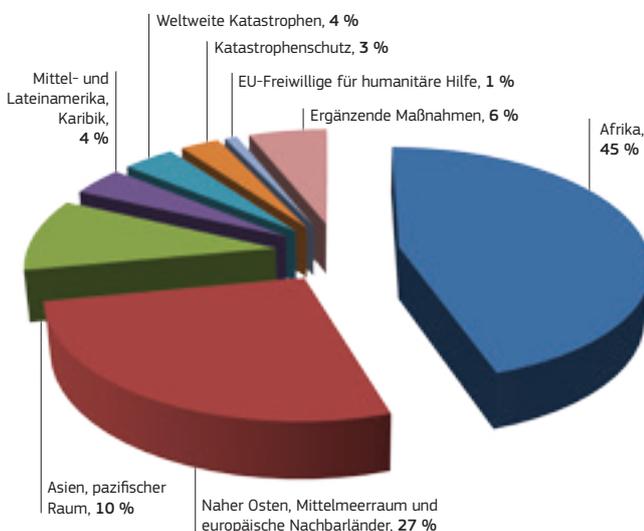
## Stärkung der Katastrophenbereitschaft weltweit – das Programm DIPECHO

*Wenn es nicht möglich ist, Gefahren vorauszusehen und Katastrophen zu verhindern, können die Auswirkungen häufig dadurch abgemildert werden, dass man gefährdete Bevölkerungsgruppen besser auf den Katastrophenfall vorbereitet. Genau dies ist das Ziel des EU-Katastrophenbereitschaftsprogramms „DIPECHO“.*

*DIPECHO-Projekte konzentrieren sich auf Ausbildung, Kapazitätsaufbau, Sensibilisierung, Einrichtung und Verbesserung lokaler Frühwarnsysteme sowie Aufstellung und Optimierung von Notfallplänen. Oft reichen einfache vorbereitende Maßnahmen, die von den Menschen vor Ort selbst umgesetzt werden können. Die Bevölkerung leistet also in den meisten Fällen aktiv Beiträge zu den DIPECHO-Maßnahmen.*

*Die Projekte werden von Hilfsagenturen mit Sitz in Europa und UN-Agenturen in Zusammenarbeit mit lokalen NRO und Behörden durchgeführt. DIPECHO deckt acht Regionen ab, die sehr anfällig für Katastrophen sind: die Karibik, Mittelamerika, Südamerika, Zentralasien, Südasien, Südostasien, Südostafrika sowie den südwestlichen Indischen Ozean und die Pazifikregion.*

### EU-MITTEL FÜR HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ IM JAHR 2014



Quelle: Europäische Union, 2015.

## Bündelung der Kräfte zur Bewältigung von Krisen weltweit

Das **EU-Katastrophenschutzverfahren** deckt den gesamten Katastrophenzyklus von der Prävention bis zur Reaktionsbereitschaft ab. Aktuell sind 33 Länder eingebunden: die 28 EU-Mitgliedstaaten sowie die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro, Norwegen und Serbien. In Kürze wird noch die Türkei hinzukommen, wo das kürzlich unterzeichnete Abkommen über die Beteiligung am Verfahren derzeit ratifiziert wird.

Überschreitet das Ausmaß einer Katastrophe die Hilfskapazitäten, kann **jedes betroffene Land innerhalb oder außerhalb der EU Hilfe anfordern**. Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen der EU (Emergency Response

Coordination Centre – ERCC) informiert dann alle am Katastrophenschutzverfahren teilnehmenden Länder über das Hilfesuch. Katastrophensituationen sind beispielsweise Überschwemmungen, Waldbrände, Erdbeben, Stürme oder Tsunamis sowie Terrorakte, technische oder strahlungsbedingte Unfälle und Umweltkatastrophen (z. B. Verschmutzung eines Meeres). Durch die Bündelung der Katastrophenschutzressourcen der teilnehmenden Länder gewährleistet das Verfahren einen besseren Schutz von Menschen, Umwelt sowie von Hab und Gut.

Die teilnehmenden Mitgliedstaaten bieten fachliche und materielle Unterstützung. Dies umfasst beispielsweise Such- und Rettungsteams, Krankenstationen, Hilfsgüter, Spezialausrüstung zur Dekontamination bei chemischen oder biologischen Zwischenfällen sowie Feuerlöschflugzeuge und -mannschaften. Ferner kann die EU den Transport von Hilfsgütern mitfinanzieren und eigene Teams in das Katastrophengebiet entsenden. Das ERCC ist rund um die Uhr erreichbar.

Das EU-Katastrophenschutzverfahren stärkt außerdem die Katastrophenbereitschaft in den beteiligten Ländern durch Schulungsprogramme und Übungen sowie den Austausch von Experten zwischen den verschiedenen Ländern. Im Rahmen solcher Initiativen können sich Zivilschutz-Mitarbeiter in den beteiligten Ländern weiterbilden. Auf diese Weise werden die Reaktionsgeschwindigkeit und die Koordinierung des Zivilschutzes verbessert, es findet ein Wissenstransfer statt, und es entstehen Netzwerke. Für Projekte zur Krisenvermeidung und Katastrophenbereitschaft werden ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt. Dies umfasst beispielsweise die Förderung der Forschung im Zusammenhang mit Katastrophen, die Verbesserung von Frühwarnsystemen oder die Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Sensibilisierungskampagnen.

In den letzten Jahren wurde auch die Rechtsgrundlage für den Katastrophenschutz erheblich verstärkt. Wichtige Neuerungen wie die Europäische Notfallabwehrkapazität wurden eingeführt. Diese ermöglicht eine koordinierte und raschere Reaktion auf Katastrophen sowohl in Europa als auch in Drittländern mittels Ressourcen aus den Teilnehmerländern des EU-Katastrophenschutzverfahrens und ist ständig in Bereitschaft, so dass diese Ressourcen im Katastrophenfall sofort eingesetzt werden können.

### Vorbereitung durch Simulation

*2014 fand in Griechenland eine umfassende Katastrophenschutzübung unter der Bezeichnung „EU Prometheus“ statt. Dabei ging es darum, die Zusammenarbeit und Reaktionsfähigkeit der Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens zu testen. Neben dem ERCC waren Teams aus Griechenland, Kroatien, Italien und Zypern beteiligt. Darüber hinaus ging es bei der Übung auch darum, die Aufgaben des ERCC und die Entscheidungsabläufe innerhalb des ERCC zu prüfen.*

*Vor Ort wurde eine doppelte Katastrophe simuliert: Ein großer Flächenbrand in der Nähe von Siedlungsgebieten hatte auf ein Industriegebiet übergreifen, wodurch es zu einer Explosion gekommen war. Brandbekämpfung und Rettungsmaßnahmen liefen parallel ab, und die Siedlungsgebiete wurden evakuiert.*

*In früheren Übungen wurde ein durch Funkenflug von den Bremsen eines Zuges verursachter Waldbrand simuliert sowie die Überflutung eines Dorfes nach dem Bruch eines Wasserreservoirs. Übungen dieser Art werden jedes Jahr mit finanzieller Unterstützung der EU organisiert.*



# Was die EU leistet

## Einlösung der Versprechen

Jedes Jahr stellen die EU-Institutionen den hilfebedürftigsten Bevölkerungsgruppen weltweit **Soforthilfe im Umfang von über 1 Mrd.€** zur Verfügung. Rechnet man die Beiträge hinzu, die die einzelnen EU-Länder in Eigenregie leisten, ist die EU der **größte Geber humanitärer Hilfe weltweit**.

Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens wird zudem unmittelbar nach einer Katastrophe staatliche Hilfe geleistet, beispielsweise in Form von Sachleistungen und durch die Entsendung von Teams mit Spezialausrüstungen oder von Experten für Beurteilung und Koordination. Das EU-Katastrophenschutzverfahren ist seit seiner Schaffung im Jahr 2001 bei mehr als 300 Katastrophen zum Einsatz gekommen, und es sind über 180 Hilfeersuchen eingegangen. Zwischen 2010 und 2015 haben Länder innerhalb und außerhalb der EU das EU-Katastrophenschutzverfahren bei knapp 90 Krisenfällen in Anspruch genommen. Das Verfahren kam bei einigen der verheerendsten Katastrophen der jüngsten Zeit zum Einsatz, etwa 2014 bei den Überschwemmungen in Serbien und Bosnien und Herzegowina und 2015 beim Ebola-Ausbruch in Westafrika, im Ukraine-Konflikt und nach dem Erdbeben in Nepal.

Die Erfolge dürfen jedoch nicht nur anhand von Einsatzstatistiken gemessen werden: Die weniger sichtbare Wirkung der Katastrophenbereitschaft und -prävention spielt im EU-Konzept für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz eine ebenso wichtige Rolle. Der bestehende Rahmen ermöglicht es den EU-Ländern, effizient zusammenzuarbeiten und die Einhaltung und Achtung der Grundsätze des humanitären Völkerrechts zu fördern.

Die Entscheidung zur Gründung von ECHO im Jahr 1992 wurde von den damals zwölf Mitgliedstaaten der EU getroffen. Aufgrund des Ausmaßes und der Unterschiedlichkeit der humanitären Krisen, die die Welt 1991 in Atem gehalten hatten, war deutlich geworden, dass Europas Hilfskapazitäten nicht ausreichten. Große Katastrophen, beispielsweise der Konflikt in Jugoslawien, ein Wirbelsturm in Bangladesch und eine Hungersnot in Somalia, machten eine bessere Koordinierung auf EU-Ebene erforderlich, um schneller und effizienter reagieren zu können.

2007 verabschiedeten die EU-Institutionen und die damals 27 Mitgliedstaaten ein wichtiges Strategiedokument mit dem Titel „Europäischer Konsens für humanitäre Hilfe“. In dem Papier wird unterstrichen, dass die humanitäre Hilfe der EU kein politisches Instrument ist. Zudem werden darin die Grundsätze der humanitären Hilfe bekräftigt: Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Um die Hilfskapazität der EU zu stärken, wurden die Rollen der verschiedenen Akteure für humanitäre Hilfe in Krisengebieten eindeutig definiert.

Rechtsgrundlage für die humanitäre Hilfe der EU und ihre Katastrophenschutzstrategie ist der am 1. Dezember 2009

in Kraft getretene Vertrag von Lissabon. Er definiert die Rolle der EU bei der Verbesserung des Katastrophenschutzes und der Katastrophenprävention und legt fest, dass die Maßnahmen der EU im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts, insbesondere den Grundsätzen der Unparteilichkeit und der Nichtdiskriminierung, durchzuführen sind.

## Schnelle und effiziente Reaktion

Die EU hat bei einer Vielzahl von Katastrophen in der ganzen Welt den Opfern Hilfe geleistet. Hier eine kleine Auswahl der wichtigsten Interventionen:

- Der Krieg im früheren Jugoslawien hinterließ 1992 hunderttausende vertriebene, hungernde und traumatisierte Menschen. Die EU stellte Hilfe u. a. in Form von 300 000 Tonnen Lebensmitteln, Decken, Matratzen und Toilettenartikeln bereit.
- Flüchtlinge, die 1994 nach dem Genozid in Ruanda ihre Heimat verlassen mussten, wurden medizinisch versorgt. Unter anderem bekamen die Kinder Rehydratationslösungen und Impfungen. Vertriebene, die in ihre zerstörten Dörfer zurückkehrten, erhielten Unterstützung für die Wiederansiedlung.
- 2004 kamen mehr als 230 000 Menschen durch den Tsunami im Indischen Ozean ums Leben. Die Soforthilfe der EU konzentrierte sich zunächst auf die Rettung von Menschenleben. Danach wurden Lager für Obdachlose gebaut, und es wurden Mittel für die Finanzierung von medizinischem Personal und die Beschaffung von Fischerbooten bereitgestellt, um die Lebensgrundlage der Opfer wiederherzustellen.
- 2012 half die EU Millionen von Menschen in der Sahelzone, einer der ärmsten Regionen der Welt. Seitdem hat die EU ihre humanitären Hilfsleistungen für diese Region auf über 507 Mio. € aufgestockt. Neben der geleisteten Nothilfe setzt sich die EU außerdem dafür ein, dass Ernährungsunsicherheit als strukturelles Problem anerkannt wird, dem im Kampf gegen die Armut eine Schlüsselrolle zukommen muss. Seit 2010 hat die EU mehr als 100 Millionen Menschen unterstützt, die unter Hunger und Ernährungsunsicherheit zu leiden hatten.
- Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs im **Südsudan** im Jahr 2013 sind mehr als 2 Millionen Menschen aus ihrer Heimat geflohen, darunter über eine halbe Million, die Zuflucht in Nachbarländern gesucht haben. Bisher hat die EU rund ein Drittel der gesamten humanitären Hilfsgelder für den Südsudan übernommen und zusammen mit ihren Partnern Nahrungsmittel- und Ernährungshilfe, medizinische Versorgung, sanitäre Anlagen, Unterkünfte und Schutzmaßnahmen für mehr als 2 Millionen Menschen organisiert.

- Bei den verheerenden Überschwemmungen auf dem Balkan im Jahr 2014 entsandten 23 Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens Noteinsatzhelfer und stellten Rettungshubschrauber, Motorboote, Generatoren, Sandsäcke, Zelte, Decken und humanitäre Hilfsgüter bereit.
- Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ostukraine im April 2014 hat die EU über 223 Mio. € an humanitärer Hilfe und Unterstützung für den raschen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt; dadurch wurden über 1,3 Millionen Binnenvertriebene in der Ukraine und über 900 000 Flüchtlinge in benachbarten Ländern sowie Hunderttausende von Menschen erreicht, die noch in der Konfliktzone leben. Finanziert wurden mit diesen Mitteln unter anderem Projekte für Ernährungshilfe, ein Bargeld-/Gutscheinprogramm, Arzneimittel, mobile Krankenstationen, Notunterkünfte, Schutzmaßnahmen, Materialversorgung für den Winter, Bekleidung und Wasserversorgung.
- Der Konflikt in Syrien hat zur weltweit größten humanitären Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt immer weiter, die Vertreibung der Bevölkerung setzt sich fort, und eine ganze Generation von Kindern ist Krieg und Gewalt ausgesetzt und muss ohne Grundversorgung, Bildung und Schutz leben. **Die EU steht an der Spitze der internationalen Reaktion.** Es wurden **über 4,2 Mrd. € für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen für Syrer im eigenen Land sowie für syrische Flüchtlinge** und deren Aufnahmegemeinschaften in den Nachbarstaaten Libanon, Jordanien, Irak, Türkei und Ägypten mobilisiert.
- Die EU reagierte rasch auf die bislang größte und komplexeste Ebola-Epidemie. Sie mobilisierte alle verfügbaren

politischen, finanziellen und wissenschaftlichen Ressourcen, um zur Eindämmung, Bekämpfung und Behandlung beizutragen und letztlich die Ausrottung von Ebola zu erreichen. Insgesamt wurden über 1,8 Mrd. € an Hilfgeldern zur Verfügung gestellt, um die Krankheit in Westafrika einzudämmen.

## Verbesserung der Prävention zur Rettung von Menschenleben

Die EU führt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Mitgliedstaaten Präventionsmaßnahmen durch. So wurde die Koordination auf europäischer Ebene effizienter gestaltet, und es wurden lokale Experten in anderen Teilen der Welt geschult.

- Die EU hat verschiedene Frühwarnsysteme entwickelt, darunter die internetbasierte Plattform „Meteoalarm“ und das „Globale System für Katastrophenalarm und -koordination“ (Global Disaster Alerts and Coordination System). Letzteres ist ein System, das rund um die Uhr Daten erfasst und Alarmmeldungen ausgibt. Es wurden zudem Investitionen in Warn- und Erkennungssysteme für einzelne Bedrohungen wie Erdbeben, Überschwemmungen, Waldbrände und Tsunamis getätigt.
- Die Investitionen der EU in Technologien für die Prävention und Schadensbegrenzung bei Katastrophen und die enge Zusammenarbeit mit anderen Partnern haben zur Entwicklung des Europäischen Waldbrand-Informationssystems und des Europäischen Alarmsystems für Überschwemmungen geführt.

## FALLSTUDIE

**Syrien** – die weltweit größte humanitäre Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

*Seit der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten in Syrien im März 2011 hat sich der Konflikt zu einem echten Krieg mit schwerwiegenden humanitären Folgen in Syrien und den Nachbarländern ausgeweitet.*

*Hunderttausende von Menschen haben durch den Konflikt ihr Leben verloren, und die Hälfte der Bevölkerung musste in sicherere Gebiete fliehen. Über 4 Millionen Menschen haben in den Nachbarländern Zuflucht gesucht, und 7,6 Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben.*

*Die Lage hat sich kontinuierlich verschlechtert und sich zur **größten humanitären und sicherheitspolitischen Krise der Welt ausgewachsen: Innerhalb Syriens benötigen 12,2 Millionen Menschen Unterstützung.** Ganze 4,8 Millionen Menschen leben in Regionen, die für Hilfskräfte schwer zu erreichen sind, und 400 000 befinden sich in besetzten Gebieten.*

*Seit Beginn des Konflikts hat die EU insgesamt über 4,2 Mrd. € für humanitäre Hilfe sowie Entwicklungs-, Wirtschafts- und Stabilisierungshilfe zur Verfügung gestellt. Damit ist sie der größte Geldgeber in der Syrienkrise. Die von der Kommission bereitgestellte humanitäre Hilfe ist auf die dringendsten Bedürfnisse der am stärksten gefährdeten Menschen in Syrien und in den Nachbarländern ausgerichtet: Ernährung, sauberes Trinkwasser, medizinische Notversorgung, Unterkünfte, Schutz und Unterstützung in Form von Bargeld und Gutscheinen.*

*Durch die anhaltende Präsenz humanitärer Helfer vor Ort und verstärkte Koordinierungs- und Sensibilisierungsbemühungen auf internationaler Ebene steht die EU auch weiterhin an der Spitze der internationalen Anstrengungen zur Bewältigung der Krise in Syrien. Die EU hat wiederholt alle Konfliktparteien dazu aufgefordert, das humanitäre Völkerrecht zu achten, d. h. die Zivilbevölkerung zu schützen und über Konfliktlinien und Grenzen hinweg ungehinderten Zugang für die sichere Bereitstellung humanitärer Hilfe und medizinische Versorgung aller Hilfsbedürftigen zu gewähren.*

## FALLSTUDIE

**Ukraine** – diejenigen erreichen, die am dringendsten Hilfe benötigen

Seit im April 2014 Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen und Regierungstruppen in der Ostukraine ausbrachen, benötigen Millionen von Ukrainern humanitäre Hilfe. Zahlreiche Menschen mussten ihre Wohnungen verlassen und sind immer stärker auf Hilfe angewiesen. Im Juli 2015 waren über 1,38 Millionen Personen als Binnenvertriebene registriert, und mehr als 920 000 waren in Nachbarländer geflohen. Vielen von ihnen – und denjenigen, die sich noch in den Konfliktgebieten befinden – fehlt es immer noch an Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, elementaren Haushaltsgegenständen und Unterkünften, und nachdem die Kampfhandlungen schon über ein Jahr andauern, leiden zahlreiche Menschen auch unter psychischen Problemen. Zudem ist die Arzneimittelversorgung sehr schlecht.

Im Juli 2015 stellten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten über 223 Mio. € an humanitärer Hilfe und Unterstützung für den raschen Wiederaufbau zur Verfügung, um die von dem Konflikt betroffenen, besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Bis Juli 2015 hatte allein ECHO über 41 Mio. € für die Soforthilfe bereitgestellt; hiervon gingen 55 %

an besonders gefährdete Menschen in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, beispielsweise an von Frauen geführte Haushalte, ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen. Im Rahmen von Projekten, die ECHO aus Eigenmitteln finanziert, wurden 2015 mehr als 460 000 Menschen aus der Ukraine erreicht. Fast 175 000 (38 %) der unterstützten Personen waren Kinder unter 17 und mehr als 77 000 (16 %) waren älter als 50 Jahre.

Neben der finanziellen Hilfe wurde im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens auch materielle Unterstützung mobilisiert. Die Europäische Kommission kofinanziert den Transport von humanitärer Hilfe und Ausrüstung. In einem gemeinsamen humanitären Einsatz beförderten im Januar 2015 drei von der EU gecharterte Frachtflugzeuge und mehrere Lkw rund 85 Tonnen Hilfsgüter (Decken, Schlafsäcke, Wasserkanister, Heizgeräte, Hygienartikel und warme Kleidung), die von verschiedenen Mitgliedstaaten und humanitären Organisationen bereitgestellt worden waren.

Die ukrainischen Flüchtlinge in Belarus und Russland unterstützt die Kommission darüber hinaus über die dortigen nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes.

Mindestens drei Viertel aller syrischen Kinder haben seit dem Ausbruch des Konflikts enge Freunde oder Verwandte verloren.



## FALLSTUDIE

**Überschwemmungen auf dem Balkan** – von einer komplexen Operation zur europäischen Kooperation

Im Mai 2014 wurden Serbien und Bosnien und Herzegowina von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht – den schlimmsten seit mehr als einem Jahrhundert. Hunderttausende von Menschen mussten aus ihren Häusern evakuiert werden und verloren ihre Existenzgrundlage.

Die Lage war unüberschaubar. Städte waren ohne Strom und fließendes Wasser. In Flaschen abgefülltes Wasser, Nahrungsmittel, Medikamente und Decken wurden knapp. In vielen betroffenen Gebieten waren wichtige Infrastrukturen wie Brücken und Straßen sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen beschädigt worden. Schätzungen zufolge waren mehr als 3 Millionen Menschen in Bosnien und Herzegowina und Serbien von Überschwemmungen, Schlammlawinen und Erdbeben betroffen.

Das **EU-Katastrophenschutzverfahren** wurde aktiviert, und es gingen Hilfsangebote aus 23 Mitgliedstaaten ein. Als Sachhilfe wurden unter

anderem Rettungshubschrauber, Motorboote, Generatoren, Sandsäcke, Zelte, Decken und humanitäre Hilfsgüter bereitgestellt. Gleichzeitig wurden mehr als 800 Noteinsatzhelfer in die beiden Länder entsandt. Darüber hinaus wurden vor Ort zwei EU-Katastrophenschutzteams zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und zur Unterstützung von Rettungseinsätzen eingesetzt. Allein in Bosnien und Herzegowina konnten mehr als 1700 Menschen gerettet werden. Auch der Transport von Hilfsmaterial und -personal wurde von der Europäischen Kommission mitfinanziert. Zudem wurden mehr als 80 Satellitenkarten zur Unterstützung der betroffenen Länder und der Helfer erstellt.

Zusätzlich zu den Hilfsgütern, die die EU-Mitgliedstaaten über das EU-Katastrophenschutzverfahren bereitstellten, mobilisierte die EU noch 3 Mio. € an humanitärer Hilfe für die am stärksten gefährdeten Menschen in den beiden betroffenen Ländern. Diese Mittel kamen einer halben Million Menschen zugute. In beiden Ländern besteht jedoch noch erheblicher Wiederaufbau- und Instandsetzungsbedarf.



Ein im Wege des Katastrophenschutzverfahrens bereitgestellter slowenischer Hubschrauber leistet den von den Überschwemmungen in Bosnien und Herzegowina betroffenen Menschen Soforthilfe.

## FALLSTUDIE

### **Ebola in Westafrika** – Reaktion der EU zur Bewältigung des schlimmsten je verzeichneten Ebola-Ausbruchs

*Westafrika ist mit der umfangreichsten, komplexesten Ebola-Epidemie aller Zeiten konfrontiert. Nach dem Bekanntwerden eines ersten Falls in Guinea im März 2014 breitete sich das Virus rasch nach Liberia und Sierra Leone aus, wo Tausende von Menschen angesteckt wurden und starben.*

*Die Europäische Union ist seit Beginn der Krise im Kampf gegen Ebola aktiv. Sie hat alle verfügbaren politischen, finanziellen und wissenschaftlichen Ressourcen mobilisiert, um zur Eindämmung, Bekämpfung, Behandlung und letztlich zur Ausrottung von Ebola beizutragen. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten hat die Europäische Kommission **mehr als 1,8 Mrd. €** für humanitäre Hilfe, längerfristige Entwicklungshilfe und Investitionen in die Forschung bereitgestellt.*

*Im Rahmen ihrer koordinierten Reaktion hat sie Experten in die betroffenen Länder entsandt, Nothilfeleistungen organisiert (einschließlich der Beförderung von Hilfsgütern durch Frachtflugzeuge) und ein Notfall-evakuierungssystem für Hilfspersonal*

*eingerrichtet. Das EU-Katastrophenschutzverfahren ermöglichte es den Mitgliedstaaten, wichtiges Material und Fachleute in die Region zu entsenden, und trug maßgeblich zur Gesamtkoordinierung der Maßnahmen zur Ebola-Bekämpfung bei. Bislang gab es zwei Einsätze der Europäischen Notfallabwehrkapazität, beide im Zusammenhang mit der europäischen Reaktion auf die Ebola-Krise. Für solche Einsätze wird jetzt auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ein Pool medizinischer Teams unter der Bezeichnung „European Medical Corps“ gebildet.*

*Über ein Jahr nach Beginn des Ausbruchs tragen die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, der lokalen Behörden und der Menschen selbst allmählich Früchte, doch sind weitere Anstrengungen notwendig, um Ebola in dieser Region ein für alle Mal auszurotten.*

*Nun intensiviert die Europäische Kommission ihre Bemühungen, um die langfristige Erholung der Region zu fördern, indem sie Programme in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildung, Abwasserentsorgung, makroökonomische Stabilität und Verkehr finanziert.*



*Zur Eindämmung des größten und komplexesten Ebola-Ausbruchs aller Zeiten in Westafrika schickte die EU wichtiges Material und Fachleute in die Region.*

# Wohin führt der Weg

## Deckung des Bedarfs

Die EU hat bei der Deckung humanitärer Bedürfnisse in der ganzen Welt stets eine führende Rolle eingenommen, und zwar nicht nur als einer der Hauptgeber, sondern auch durch die Festlegung von Standards für die Achtung des humanitären Völkerrechts und der humanitären Grundsätze. Die für die Bewältigung von Notfällen eingesetzten Verfahren müssen mit den Herausforderungen einer immer anfälligeren Welt und mit der wachsenden Vielfalt an neuen Bedürfnissen Schritt halten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die EU unablässig bestrebt, ihre Verfahren anzupassen und zu verbessern, um wirksamer und effizienter auf Katastrophen zu reagieren.

Dabei geht die EU davon aus, dass es für eine erfolgreiche Katastrophenabwehr entscheidend ist, die richtigen Ressourcen auf lokaler Ebene zur Verfügung zu haben. Daher legt sie den Schwerpunkt auf die Stärkung der Widerstandskraft lokaler Gemeinschaften, so dass diese künftige Katastrophen besser bewältigen können.

Um die Wirksamkeit des internationalen Systems der humanitären Hilfe zu verbessern, wird sich die EU im Mai 2016 aktiv am Weltgipfel für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen beteiligen.

Die Rechtsgrundlage für die Koordinierung des Katastrophenschutzes wurde umfassend und nach einem innovativen Ansatz überarbeitet, wodurch die Zuständigkeiten und Kompetenzen erweitert werden konnten. Die wichtigsten Ziele sind die Verbesserung der Katastrophenprävention und -bereitschaft, die Steigerung von Effizienz und Kohärenz und eine stärkere Außenwirkung der EU-Maßnahmen. Die Rechtsgrundlage umfasst nun einige neue, innovative Instrumente, beispielsweise die Europäische Notfallabwehrkapazität. Hierbei handelt es sich um einen Pool von Krisenreaktionskapazitäten, die die Mitgliedstaaten für gemeinsame Katastrophenschutzsätze der EU bereithalten und die in ständiger Bereitschaft sind. Zudem wurde festgelegt, dass das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (Emergency Response Coordination Centre – ERCC) als operative Anlaufstelle fungiert, wenn es in einem Mitgliedstaat zu einer verheerenden Katastrophe oder einem Terroranschlag kommt. Das Zentrum stimmt sich dann mit anderen Diensten und Gremien der EU ab und koordiniert die Reaktion der EU.



*Diana Tonea aus Rumänien, die in Haiti als Mitglied des Freiwilligenkorps eingesetzt wurde, beschreibt ihre Erfahrungen als „herausfordernd und erfüllend“.*

## EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe

Wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, hat die EU 2012 die Initiative „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ ins Leben gerufen, um Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich im humanitären Bereich zu engagieren. Im Rahmen der Initiative sollen bis 2020 voraussichtlich 4000 Freiwillige in Länder auf der ganzen Welt entsandt werden, um in humanitären Projekten aktiv zu werden. Ferner werden in nicht von Katastrophen betroffenen Ländern 4400 Mitglieder lokaler Organisationen für humanitäre Einsätze geschult, und für 10 000 Freiwillige sollen Online-Angebote geschaffen werden.

Das Programm steht Europäerinnen und Europäern offen, die mindestens 18 Jahre alt sind. Gesucht werden verschiedenste Profile – von jungen Menschen, die eine berufliche Laufbahn im Bereich der Soforthilfe anstreben, bis hin zu erfahrenen Fachkräften für humanitäre Hilfe.

Die Freiwilligen werden dort eingesetzt, wo ihre Fähigkeiten am dringendsten benötigt werden. Zur Vorbereitung ihres Einsatzes werden sie geschult. Dabei hat die Sicherheit der Freiwilligen selbstverständlich oberste Priorität.

Zwischen 2011 und 2014 wurden im Rahmen mehrerer vorbereitender Pilotprojekte rund 300 Freiwillige aus ganz Europa in Krisengebiete in Afrika, Asien und Lateinamerika entsandt, wo sie an verschiedenen humanitären Hilfseinsätzen teilnahmen. Ihre Aufgaben reichten von der Katastrophenmanagementplanung und der Erstellung von Hochwasserrisikokarten bis hin zu Bedarfsanalysen und Informationsmanagement.

In Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und Gemeinschaften wirkten sie in Projekten mit, in denen es darum ging, die betreffenden Regionen wirksamer auf Krisensituationen vorzubereiten und im Katastrophenfall schneller und effizienter reagieren zu können.

Nach Beendigung der Pilotphase werden 2016 die ersten EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe entsandt.

### Die EU-Initiative „Kinder des Friedens“ – eine dauerhafte Erinnerung an den Friedensnobelpreis der EU

Im Dezember 2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Die nach der Verleihung gegründete EU-Initiative „Kinder des Friedens“ hat die Finanzierung von humanitären Projekten zum Ziel, die von Konflikten betroffenen Kindern Zugang zu Bildung ermöglichen. Seit 2012 wurden die Mittel für die EU-Initiative „Kinder des Friedens“ immer weiter aufgestockt, um den jüngsten Opfern von Konflikten zu helfen.

Kinder sind die Hauptleidtragenden von Konflikten. 90 % der Opfer von militärischen Auseinandersetzungen sind Zivilisten, die Hälfte davon Kinder. 7 Millionen Kinder sind Flüchtlinge, und mehr als 13 Millionen Kinder wurden aufgrund von Konflikten innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben. Mehr als 28 Millionen Kindern ist kein Schulbesuch möglich. Eine der besten Möglichkeiten, Kindern in gewaltsamen Konflikten zu helfen und sie zu beschützen, sind Investitionen in den Zugang zu Schulen, in sichere Lernumgebungen und in psychosoziale Unterstützung, damit sie ihre traumatischen Kriegserfahrungen überwinden können.

Im Rahmen von Projekten, die von der Europäischen Union finanziert und von humanitären Partner-

organisationen durchgeführt wurden, konnte die EU-Initiative „Kinder des Friedens“ bereits rund 270 000 Mädchen und Jungen in 19 Ländern rund um die Welt helfen. Bisher kam die Initiative Kindern in Pakistan, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, dem Südsudan, dem Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, Somalia, Afghanistan, Myanmar, Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Niger, Sudan, Tansania, der Türkei, Kamerun und Ecuador sowie syrischen Flüchtlingskindern im Irak zugute.



Bildung trägt dazu bei, dass Kinder in Konfliktsituationen weiter Kinder bleiben können.

EU-Initiative „Kinder des Friedens“  
(<http://ec.europa.eu/echo/en/what/humanitarian-aid/children-of-peace>)

## Weitere Informationen

- ▶ **Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der EU** (<http://ec.europa.eu/echo/>)
- ▶ **EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe** ([http://ec.europa.eu/echo/what/humanitarian-aid/eu-aid-volunteers\\_en](http://ec.europa.eu/echo/what/humanitarian-aid/eu-aid-volunteers_en))
- ▶ **EU-Initiative „Kinder des Friedens“** (<http://ec.europa.eu/echo/en/what/humanitarian-aid/children-of-peace>)
- ▶ <https://www.facebook.com/ec.humanitarian.aid>
- ▶ [https://twitter.com/eu\\_echo/](https://twitter.com/eu_echo/)
- ▶ <https://www.flickr.com/photos/69583224@N05/>
- ▶ <https://www.youtube.com/user/HumanitarianAidECHO>
- ▶ **Fragen zur Europäischen Union? Europe Direct hilft Ihnen weiter: 00 800 6 7 8 9 10 11**  
(<http://europa.eu/contact/>)

